



## **Landesbeauftragte eröffnet Ausstellung über Zwangsarbeit politischer Häftlinge in der DDR**

**Eröffnung am 23. September in Weißandt-Görlau**

Die Landesbeauftragte für die Stasi-Unterlagen der ehemaligen DDR in Sachsen-Anhalt, Birgit Neumann-Becker, eröffnet am Freitag, 23. September 2016, in Weißandt-Görlau, Stadt Südliches Anhalt, die Ausstellung „Hammer – Zirkel – Stacheldraht. Zwangsarbeit politischer Häftlinge in der DDR“. Die Wanderausstellung rückt das Thema „Zwangsarbeit im DDR-Strafvollzug“ in den Fokus der Öffentlichkeit. Erstmals wird das Ausmaß der Zwangsarbeit politischer Gefangener in Hafteinrichtungen auf dem Gebiet des heutigen Sachsen-Anhalt aufgearbeitet.

Birgit Neumann-Becker: „Zwangsarbeit politischer Häftlinge in der DDR kann man sich nicht als Arbeiten mit Gemeinschaftsunterkunft vorstellen. Die Arbeits- und Lebensbedingungen waren geprägt von mangelndem Arbeitsschutz, fehlender Schutzkleidung, schmerzenden Verletzungen sowie Schlafmangel, schlechter Ernährung, Bekleidung und Gesundheitsversorgung. Zum System gehörten auch überhöhte Normen sowie drakonische Strafmaßnahmen bei Arbeitsverweigerung bis hin zum »Nachschlag« – der Haftverlängerung. Weitere konkrete lokale Forschung zu diesem bislang wenig beachteten Thema ist notwendig. Zugleich bedarf es besserer öffentlicher Anerkennung dieses Unrechts und besserer Gesundheits- und Sozialleistungen für die Betroffenen und ihre Angehörigen.“

Die Eröffnung der Ausstellung, die in Zusammenarbeit mit dem Verein Kulturregion Anhalt und Bitterfeld e.V. und der Stadt Südliches Anhalt gezeigt wird, beginnt um 15 Uhr im Sport- und Kulturzentrum Weißandt-Görlau, Hauptstraße 31B. Der Autor der Ausstellung, Dr. Christian Sachse, Beauftragter der Union der Opferverbände kommunistischer Gewaltherrschaft e.V. (UOKG), führt in das Thema ein.

Die Ausstellung wird bis zum 4. November 2016 gezeigt, geöffnet immer dienstags von 15 bis 18 Uhr sowie nach vorheriger Anmeldung unter Telefon 03 49 78 / 265 29.

## Hintergrund

Zwischen 1945 und 1989 gab es auf dem Gebiet des heutigen Sachsen-Anhalt etwa 55 Haftstätten (Untersuchungshaftanstalten, Gerichtsgefängnisse, Strafvollzugsanstalten, Zuchthäuser, Arbeitserziehungskommandos, Haftarbeitslager, Standkommandos, Arbeitskommandos, Polizeilager – ohne MfS). In diesen Haftstätten oder aus ihnen heraus mussten die Gefangenen in etwa 180 Betrieben Zwangsarbeit verrichten. Einsatzbetriebe waren unter anderem das Braunkohlenkombinat Bitterfeld, die Farbenfabrik Wolfen, das Zementwerk Coswig oder die chemischen Kombinate Buna und Bitterfeld.

Verantwortet und ausgebaut von der SED-Führung, ist ein System erkennbar, das auf einer engen Verflechtung von staatlich gelenktem Strafvollzug und der wirtschaftlichen Dimension von Zwangsarbeit beruht. So sorgte die Parteiführung beispielsweise dafür, dass Produktionsspitzen personell abgesichert waren und eingefrorene Kohleproduktionsanlagen oder marode Chemieanlagen weiter betrieben werden konnten. Einsatz-Schwerpunkte von Häftlingen in den ehemaligen Bezirken Halle und Magdeburg waren die Wirtschaftsbereiche Braunkohle, Chemie, Elektromotoren und Reichsbahn. Die schwersten und gefährlichsten Arbeitsbedingungen herrschten in der Chemie und im Kupferbergbau.

Dass es auch in den „Jugendhäusern“, den Jugendgefängnissen der DDR, und im Frauen-Strafvollzug Zwangsarbeit gab, belegen Dokumente und Fotografien in weiteren Kapiteln der Ausstellung. Die jüngsten Betroffenen von Zwangsarbeit im Strafvollzug sind heute – 26 Jahre nach der Deutschen Einheit – etwa 40 Jahre alt. In der DDR wurden Jugendliche ab 14 Jahren, dem Alter der Strafmündigkeit, zur Zwangsarbeit eingesetzt. Die teils schweren gesundheitlichen, sozialen und beruflichen Folgen der Zwangsarbeit werden in der Ausstellung ebenfalls thematisiert.